

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ilse Aigner, Michael Kretschmer, Katherina Reiche (Potsdam), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten René Rösper, Jörg Tauss, Nicolette Kressl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/646 –**

Informatives Berichtswesen als Grundlage einer guten Forschungs- und Technologiepolitik

A. Problem

Die Steigerung von Wachstum und Beschäftigung ist ein Ziel der Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik und kann nur auf der Grundlage einer umfassenden Daten- und Informationsbasis erfolgen.

Die bisherige Berichterstattung der Bundesregierung auf zwei Ebenen mit dem Bundesbericht Forschung (alle vier Jahre), dem Faktenbericht (jeweils zwischen zwei Bundesberichten) und dem jährlichen Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands zeigt neben seinen Stärken auch Schwächen und muss neuen Entwicklungen und der zentralen wirtschaftlichen Bedeutung von Forschung und Innovation angepasst werden.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ab 2008 im Abstand von zwei Jahren „Berichte zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit“, die von einer unabhängigen Gruppe renommierter Wissenschaftler erstellt und verantwortet werden, sowie den „Bundesbericht Forschung und Innovation“ vorzulegen. In den Zwischenjahren sind unabhängige Darstellungen zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands (Kurzgutachten) mit Stellungnahmen der Bundesregierung vorzulegen. In der Übergangszeit ist eine kontinuierliche Berichterstattung in Anlehnung an die bisherige Praxis zu gewährleisten.

Einstimmige Annahme des Antrags in geänderter Fassung

C. Alternative

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/646 mit den folgenden Maßgaben, im Übrigen unverändert anzunehmen:

Zu Ziffer II

- a) In der ersten Punktaufzählung wird nach den Wörtern „Dialog ermöglicht“ das Semikolon durch einen Punkt ersetzt und der Satz „Dabei sollte darauf hingewirkt werden, dass Bund und Länder sich bei der Erfassung und Darstellung der Daten einheitlicher Standards bedienen, so dass die Vergleichbarkeit gewährleistet ist;“ angefügt.
- b) In der zweiten Punktaufzählung wird nach den Wörtern „verfasst und verantwortet werden.“ der Satz „Dabei sollten auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus anderen EU-Staaten oder aus Drittländern einbezogen werden.“ eingefügt.

Berlin, den 15. März 2006

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Ilse Aigner
Berichterstatterin

René Röspel
Berichterstatter

Cornelia Pieper
Berichterstatterin

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Ilse Aigner, René Röspel, Cornelia Pieper, Dr. Petra Sitte und Priska Hinz (Herborn)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/646** in seiner 19. Sitzung am 16. Februar 2006 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/266 in seiner 11. Sitzung am 19. Januar 2006 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Nach Auffassung der **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** ist die Steigerung von Wachstum und Beschäftigung ein Ziel der Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik und könne nur auf der Grundlage einer umfassenden Daten- und Informationsbasis erfolgen.

Die bisherige Berichterstattung der Bundesregierung habe auf zwei Ebenen stattgefunden. Alle vier Jahre wurde mit dem „Bundesbericht Forschung“ über die Strukturen und Finanzierung der deutschen Forschung informiert. Zwischen zwei Berichten erfolgte eine Aktualisierung der Datenbasis mittels eines Faktenberichts.

Darüber hinaus legte die Bundesregierung jährlich mit dem „Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands“ Analysen ihrer Stärken und Schwächen im internationalen Vergleich vor.

Der Deutsche Bundestag habe bereits in der 15. Wahlperiode (Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/4216) Schritte zur Weiterentwicklung des Berichtswesens vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung von Forschung und Innovation für Wachstum und Beschäftigung unternommen. Es wäre aber nach Auffassung der Antragsteller verbesserungswürdig im Hinblick auf die Unterscheidung von Fakten und politischer Wertung, forschungs- und technologiepolitischer Relevanz und Aktualität.

Die **Fraktion der FDP** erklärt in ihrem Antrag auf Drucksache 16/266, dass zur Einschätzung der aktuellen Lage der deutschen Forschungs- und Technologiepolitik sowie der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands Entscheidungsträger in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft auf eine umfassende und transparente Berichterstattung durch die Bundesregierung angewiesen seien. Die ehemalige, von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gebildete, Bundesregierung habe, gestützt auf die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag, in der letzten Wahlperiode damit begonnen, die bisherige Praxis einer umfassenden, auf zwei Ebenen stattfindenden Berichterstattung, auf einen zweijährigen Bericht über die Grundlinien der Forschungs- und Innovationspolitik zu reduzieren. Damit werde das

Recht des Parlaments auf eine umfassende Information durch die Bundesregierung eingeschränkt.

Die Bundesregierung wird vor diesem Hintergrund aufgefordert, zu der bisherigen Praxis der Berichterstattung mit dem „Bundesbericht Forschung“ in jeder Legislaturperiode, dem jährlichen „Faktenbericht“ zum Bundesbericht Forschung und dem „Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands“ zurückzukehren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der mitberatende **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/646 anzunehmen.

Der mitberatende **Haushaltsausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/646 anzunehmen.

Der mitberatende **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat einstimmig empfohlen, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/266 zurückzuziehen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 16/646 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 ohne Debatte abschließend behandelt.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird folgender Änderungsantrag (Ausschussdrucksache 16(18)35) gestellt:

Nummer 1

Ergänzung auf Seite 2 nach „... Dialog ermöglicht.“:

„Dabei sollte darauf hingewirkt werden, dass Bund und Länder sich bei der Erfassung und Darstellung der Daten einheitlicher Standards bedienen, so dass die Vergleichbarkeit gewährleistet ist.“

Nummer 2

Ergänzung auf Seite 2 nach „verfasst und verantwortet werden.“:

„Dabei sollten auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus anderen EU-Staaten oder aus Drittländern einbezogen werden.“

Der Änderungsantrag wird einstimmig angenommen.

Anschließend hat der Ausschuss den Antrag auf Drucksache 16/646 in geänderter Fassung einstimmig angenommen.

Zu dem an ihn auf Drucksache 16/266 überwiesenen Antrag der Fraktion der FDP hat der Ausschuss in seiner Sitzung am 15. März 2006 übereinstimmend festgestellt:

Der Ausschuss stellt fest, dass die sachlichen Anliegen des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/266 durch den Antrag auf Drucksache 16/646 aufgenommen worden sind.

Die **Fraktion der FDP** hat im Ausschuss daraufhin erklärt, sie werde ihren Antrag auf Drucksache 16/266 zurückziehen.

Berlin, den 15. März 2006

Ilse Aigner
Berichterstatlerin

René Röspel
Berichterstatler

Cornelia Pieper
Berichterstatlerin

Dr. Petra Sitte
Berichterstatlerin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstatlerin